



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Sachsen-Anhalt

Landesvorsitzender Mario Hennig: Tel. 0160-8062348

Positionspapier AfA Landesvorstand

Beschluss: zur Weiterleitung SPD Bundesvorstand, AfA Bundesvorstand, SPD Landesvorstand Sachsen Anhalt, AG Erneuerung SPD Sachsen Anhalt

Der AfA Landesvorstand fordert die SPD zu folgender politischer Ausrichtung auf:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) muss in ihrer Programmatik und im politischen Handeln alles daran setzen, sich wieder als linke Volkspartei zu etablieren.

Die SPD muss sich wieder vorrangig als Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mit einer internationalistischen Ausrichtung verstehen und erkennbar sein.

Mit jeder Großen Koalition verschärft sich das Problem der Konturlosigkeit der SPD. Bündnisse mit der Union dürfen nur die Ausnahme, in einer außergewöhnlichen gesellschaftlichen Situation sein.

Die SPD muss als linke Volkspartei wieder das Bestreben haben, stärkste politische Partei zu werden.

Vorrangige politische Koalitionen sieht die SPD in erster Linie mit Bündnis 90/Die Grünen. Wenn es die inhaltlichen Ergebnisse hergeben, aber auch mit der LINKEN.

Die SPD setzt sich für begrenzte Amtszeiten bei Regierungsmandaten ein. Die Amtszeiten der Kanzler- Ministerpräsidentschaften müssen auf 2 Legislaturen beschränkt werden.

Folgende Zukunftsprojekte müssen für ein soziales, gerechtes und demokratisches Europa im Vordergrund stehen:

- Sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze (Stärkung der Tarifpartner und mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge, Erhöhung des Mindestlohnes).
- Sichere und höhere Renten durch Erschließung anderer Einnahmequellen (z.B. Maschinensteuer für Rentenbeiträge, Transaktionssteuer).

AfA Sachsen-Anhalt

- Festschreibung des Renteneintritt Alters auf maximal 65 Jahre.
- Wir wollen die Abschaffung des Dauereinsatzes von Leiharbeit. Sollte Leiharbeit zur Abdeckung von Spitzenzeiten dennoch erforderlich sein, darf nicht unter den vergleichbaren Tarifen eingestellt werden. Nach drei Monaten hat eine Übernahme zu erfolgen oder es ist ein Zuschlag von 15 Prozent zu zahlen.
- Bezahlbares Wohnen, Stärkung des ÖPNV, Breitbandausbau und damit verbunden die Stärkung des ländlichen Raumes.
- Ein besseres Bildungssystem. Kostenloses Lernen, kostenfreie KITA's.
- Stärkung der Kommunen durch fairen Finanzausgleich.
- Die SPD setzt auf wirtschaftliche Kompetenz im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft.
- Stärkung der öffentlichen Sicherheit durch mehr Polizeipräsenz.
- Friedenspolitik und internationale Abrüstung. Keine Erhöhung des Rüstungsetats, keine Waffenexporte, Nein zur Dienstpflicht.
- Die NATO ist als Verteidigungsbündnis nicht mehr zuverlässig. Darum fordern wir die Entwicklung neuer Sicherheits- und Verteidigungsbündnisse für Europa. Dazu zählt auch eine aktive Friedenspolitik mit Russland und die Wiederherstellung bestmöglicher wirtschaftlicher Verhältnisse.
- Bekämpfung von Fluchtursachen durch gezielte Entwicklungshilfe.
- Die SPD bekennt sich zu den humanistischen Grundsätzen der UN Menschenrechtskonvention und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Lebensrettung als Bürgerpflicht, darf nicht zur Strafverfolgung führen.
- Wiederstabilisierung der EU, durch sozialpolitische Verantwortung.
- Stärkung der politischen Bildung.

Die SPD setzt sich für den Abbau unnötiger und kostenaufwendiger Bürokratien bei der Gestaltung des Sozialstaates ein.

Niemand darf auf Grund seiner Herkunft, Rasse, Religion oder des Geschlechts benachteiligt werden. Die Achtung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland hat aber auch vor der Ausübung von Minderheitsrechten Vorrang und muss von allen befolgt und geachtet werden.

Wer sich gegen die Normen unserer demokratischen und sozialen Grundordnung stellt, hat auch hierfür die gesetzlichen Konsequenzen zu tragen.

Magdeburg, den 27. August 2018